

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bausa, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fachsenhain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinge, Köhne, Lützhart, Pomßen, Schöndorf, Thronen usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheinung wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—, ohne Auslagen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Ehepatrone Korpuszelle 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Anz.licher Teil Mk. 1.50. Reklametzelle Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Retours: Emil Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Pule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 116

Freitag, den 30. September 1921

32. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Zwischen Deutschland und Österreich ist ein Abkommen zum Abschluss gelangt, das volle Freizügigkeit im Bezug der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes zur Tatsache macht.

\* Die Rheinzollgrenze soll am 1. Oktober endgültig aufgehoben werden.

\* Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags nahm das in den Berliner Verhandlungen geschlossene Kompromiß zu den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 und den Ausnahmezustand in Bayern an.

\* Der Münchener Polizeipräsident Döhner ist nach dem Zustandekommen der Verständigung Bayerns mit dem Reich zurückgetreten.

\* An der Berliner Börse wurde der Dollar Mittwoch mit 128 Mark im freien Verkehr bezahlt.

\* Die Interalliierte Kontrollkommission berichtet nach London, daß die deutsche Entwaffnung vollendet und die Aufgabe der Kommission im wesentlichen erledigt ist.

\* In Reusretitz starb im Alter von 67 Jahren Engelbert Gumpert, der Komponist der Oper „Hänsel und Gretel“.

\* Wegen der westungarischen Frage und wegen der Verzögerung der Erledigung der Gefangenwürfe über die Anglo- und die Länderbank dürfte die Regierung Schober in Österreich zurücktreten.

## Friede mit Bayern.

Was dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Einzelstaates, Herrn v. Raab, nicht gelingen wollte, das ist seinem Nachfolger, dem Grafen Lerchenfeld, scheinbar spielend in den Schoß gefallen. Sowohl seine Verhandlungen in Berlin wie sein erstes Auftreten im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages haben rasch und mühelos zum Ziele geführt, und heute kann man sagen, daß, von einer, wie man hoffen darf, geringfügigen Unebenheit abgesehen, zwischen Berlin und München ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden ist.

Wenn man es kurz fassen will, so haben die Bayern in der Personenfrage, die Reichsinstanzen dagegen in der Sache wesentliche Zugeständnisse gemacht. Herr v. Raab hätte vielleicht auch seinen Namen unter das jetzt vereinbarte Kompromiß setzen können. Dann wäre aber die leidige Konfliktstimmung nicht aus den Gemütern getrieben und vielleicht heute und morgen schon Grund zu neuen Beschwerden gegeben gewesen. Und die Reichsinstanzen wiederum wären Herrn v. Raab vielleicht auch nicht soweit entgegengekommen, wie sie es dem Grafen Lerchenfeld gegenüber getan haben. So hat man sich hüben und drüben zu Opfern entschlossen, da nur noch mit ihrer Hilfe ein offener Reichskonflikt zu vermeiden war. Nach Herrn v. Raab und Dr. Roth ist nun auch noch der Münchener Polizeidirektor v. Voehner vom Schauplatz abgetreten. Die Bahn ist also frei für die neue Politik, zu der sich die maßgebenden Leute in Bayern entschließen mußten.

Wie hat man nun den Weg zur Verständigung gefunden? Den ersten Schritt hat die Reichsregierung getan, indem sie sich zur Umänderung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August bereit erklärte. Die prinzipielle Gegenseitigkeit für Bayern besteht darin, daß auch die Verordnung über den bayerischen Ausnahmezustand außer Kraft gesetzt wird. Das sollte, nach den letzten Berliner Vereinbarungen, mit Wirkung vom 15. Oktober an geschehen. Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages hat statt dessen beschlossen, daß es dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleiben sollte, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. Das ist die kleine Unebenheit, von der oben die Rede war. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie zu sachlichen Schwierigkeiten führen wird. Man wollte auf diese Weise nur die Verantwortung der bayerischen Staatsregierung für die Ausnahmezustand auch nach außen hin deutlich festlegen, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, daß ihr ein solcher Entschluß von Berlin her ausgenötigt werde. Wenn keine Verschlechterung der allgemeinen Lage eintritt, dürfte Graf Lerchenfeld wohl in der Lage sein, bis zum 15. Oktober die Ausnahmeverordnung aufzuheben. Das um so eher, als zwischen Berlin und München ausdrücklich übereinstimmend darüber festgelegt worden ist, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einschneidende Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung des Reichspräsidenten hinausgehen, und die Reichsregierung hat ausdrücklich zugeklagt, solchen Maßnahmen gegenüber, wenn sie notwendig werden sollten, eine lokale Haltung einzunehmen.

Die neu zu formulierende Verordnung des Reichspräsidenten soll nun in drei wesentlichen Punkten von der Verordnung vom 29. August abweichen. Einmal soll ihr Schutz, soweit Personen in Frage kommen, nicht nur wie bisher Vertretern der republikanisch-demokratischen Verfassung zugesagt werden, sondern ganz allgemein „Personen des öffentlichen Lebens“. Zweitens wird die Zuständigkeit für Verbote von Druckschriften und Versammlungen fortan die Landesregierungen sein. Sie können

allerdings vom Reichsminister des Innern um den Ausspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersucht werden. Wird einem solchen Ersuchen nicht Folge geleistet, so ist der Reichsminister des Innern davon innerhalb zweier Tage zu verständigen und gleichzeitig die Entscheidung des Reichsratsausschusses anzusuchen. Dieser Entscheidung ist dann allerdings für die Landesregierungsbehörden unbedingt maßgebend. Der dritte Punkt, in dem von bayerischen Wünschen Rechnung getragen wird, ist die Beschränkung der Zuständigkeit der Landesregierungsbehörden wirksam gewahrt.

## Aufhebung der Rheinzollgrenze.

Ende dieser Woche.

An zuständigen Stellen nimmt man jetzt bestimmt an, daß nunmehr das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein, die so schwer auf dem Wirtschaftsleben der betroffenen Gebiete wie ganz Deutschlands lasteten, gekommen seien.

Die Radio-Agentur verbreitet aus Paris eine Meldung, wonach die Rheinzollgrenze in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend aufgehoben werden soll. „Echo de Paris“ bemerkt dazu, daß lebhafteste Verhandlungen darüber im Gange seien, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die notwendigen Garantien zu verschaffen, die ihm der Oberste Rat versprochen habe. Diese Garantien schienen Tatsache zu sein.

Der französische Ministerpräsident hat Dienstag den deutschen Botschafter Dr. Meyer empfangen. Bei dem Empfang sollen die letzten Formalitäten erledigt worden sein. Aus Berlin verlautet, daß allerdings eine Kontrollkommission eingesetzt werde, doch soll auf die deutschen Einwände über die Tätigkeit der Kommission in Bezug auf Handelsespionage usw. möglichst Rücksicht genommen werden.

## Rathenau über die deutschen Zahlungen.

München, 28. September.

Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in München zu einer Tagung zusammen, die durch die auf ihr behandelten Fragen besondere politische Bedeutung erhielt.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Sorge trat dafür ein, daß man den Versuch machen müsse, die im Ultimatum eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reichs nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an ihrer Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Forderung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern, namentlich indem sie endlich Ordnung in den Etat bringe. Die endlich einmal durchgreifende Finanzreform müsse sich ebenso auf die Ausgabewirtschaft als auf die Vermehrung der Einnahmen, namentlich durch Nationalisierung der Staatsbetriebe, erstrecken.

Nach kurzen Begrüßungsworten des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des Münchener Bürgermeisters ergriff

## Wiederaufbauminister Dr. Rathenau

das Wort. Er verteidigte sich gegen das Gerücht, daß er gesagt habe, wir könnten zahlen, wenn wir nur wollten, und wandte sich gleichzeitig gegen diejenigen, die grundsätzlich behaupten, wir können nicht zahlen. Er sagte u. a.: „Die Zahlungen einzufrieren, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatus würde die Welt wirtschaftlich noch viel stärker treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „unmöglich“ sprechen.“ Rathenau trat dann für eine internationale wirtschaftliche Verständigung ein und begrüßte den Gedanken eines Weltwirtschaftskongresses.

Der Ersatz von Geld durch Sachleistungen sei das Problem der Gegenwart, denn der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Auch könnten die nach dem Ultimatum eingeführten deutschen Bonds nicht in Umlauf gesetzt werden. Die Art der Finanzierung der Weltschulden sei gescheitert. Man nehme die Bonds nicht einmal mit 50. Der einzige Weg, der bleibe, ist der der verständigen Aussprache. Es steht eine nochmalige Besprechung mit den Franzosen bevor. Es handle sich um Leistungen in Höhe von sieben Milliarden im Laufe von vierzehn Jahren. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Besser sei, daß wir Papiermilliarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als daß wir den Dollar in die Höhe treiben.“

## Währungskonferenz in London.

Teilnahme Deutschlands an den Beratungen.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung der geplanten internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember nehmen guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein

Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch die die Währungen der verschiedenen Länder wieder hochgebracht und die Goldwährung wieder hergestellt werden soll. Die Chiefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmung haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert. Die Konferenz wird zwar keinen amtlichen Charakter tragen, es sind aber an ihr die maßgebenden Finanzkreise sowohl wie mit den Regierungen eng in Verbindung stehende Kräfte beteiligt.

## Die Epidemie der Valutaspekulation.

Die Mark noch weiter herabgedrückt.

Berlin, 28. September.

Nach einer kurzen Pause in den gestrigen Abendstunden ging heute die Arbeit der „Hyänen der Börse“, wie ein hiesiges Blatt sich ausdrückt, weiter in der Entwertung der deutschen Mark. Der Dollar, der gestern Abend auf 121 1/2 zurückgegangen war, wurde erneut in die Höhe getrieben, in den Mittagsstunden bot man für ihn im freien Verkehr 132 Mark, später etwas weniger bis 125 1/2, dann endgültig etwa 128 1/2 Mark.

Es wird jetzt allgemein zugegeben, daß die Zustände zum größten Teil durch die deutschen, besonders durch die Berliner Valutaspekulanten hervorgerufen werden. Offen wird in Spekulantentreisen die Jagd nach den Devisen, den Zahlungsanweisungen aufs Ausland, damit erklärt, das Reich brauche ja demnächst Devisen — zur Abzahlung an die Entente. Sie müssen also weggekauft werden, damit das Reich sie später nur zu Bucherpreisen aufzubringen vermag. Leider beteiligen sich jetzt auch namhafte Industriekreise an den Käufen der Auslandswerte.

Die deutsche Spekulation soll auch bereits dazu übergegangen sein, die ausländischen Börsen, an denen seltsamerweise die Mark höher als in Berlin bewertet wird, betrügerisch zu beeinflussen. Nach New York geben private Telegramme ab, die einen wesentlich höheren Dollarkurs in Berlin melden als die später eintreffenden amtlichen Depeschen. So wird der New Yorker Kurs in verbrecherischer Weise beeinflusst, um dann wieder auf Berlin zu drücken und das landesverräterische Treiben der „Hyänen“ zu begünstigen. Es gibt auch Leute, die der Reichsbank Schuld an der verfahrenen Situation zuschreiben, die geradezu zu einer verhängenen Katastrophe drängt. Jedenfalls muß die Frage wiederholt werden: Was sagt die Regierung, was gedenkt sie zu tun?

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

### Deutsch-dänische Verhandlungen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen, an denen die deutsche Delegation teilnimmt, und in denen seit Mitte Juni eine Pause eingetreten war, sind nunmehr in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und dürften sich bei dem reichhaltigen Arbeitsstoff eine Zeitlang hinziehen.

### Eine neue kommunistische Reichstagsfraktion.

Die bisherigen Angehörigen der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“, die Abg. Levi, Walzahn, Reich, Düvel, Geher jr., Marie Wadwig, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann, haben sich im Reichstags zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. Es sind also jetzt im Reichstags zwei kommunistische Fraktionen, die sog. Levis, die Gegner Moskaus sind und, wie oben aufgezählt, acht Mandate innehaben, ferner die bisherige Fraktion, die ungefähr doppelt so viel Mitglieder hat und zur Moskauer Internationale hält. Die bisherige Fraktion setzt sich wieder zusammen aus der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ und der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

### Geschenkwurf zum Schutz der Republik.

Dem Reichstags ist durch die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ein Geschenkwurf zum Schutz der Republik zugegangen. Dieser Entwurf dürfte, wie nach der Beratung des Ältestenausschusses des Reichstages anzunehmen ist, am Freitag mit zur Debatte gestellt werden. Verlangt wird u. a. Einziehung des Vermögens der früheren Landesherren, Einschränkung monarchistischer Propaganda, Abänderung des Strafgesetzbuches in Bezug auf die Thronfolge usw., Sicherung gegen Sondergerichte und anderweitige Regelung der Justizpflege.

### Nordamerika.

Wilson's Widerstand gegen die Friedensverträge. Der fast verholene ehemalige Präsident macht plötzlich wieder von sich reden. Der Senat der Vereinigten Staaten ist im höchsten Grade beunruhigt über den Bericht, daß Expräsident Wilson einen Appell an die Senatsmitglieder gerichtet hat, worin er alle aufrechten Anhänger des Völkerbundes auffordert, gegen die neuen Verträge mit Deutschland und Österreich Stellung zu nehmen. Wilson hat seinen demokratischen Freunden persönlich aus- einandergesetzt, daß die neuen Verträge tatsächlich einen



Separatfrieden mit Deutschland und ein Verlassen der Verbündeten seitens Amerika bedeuten. Die Demokraten haben daraufhin beständige Opposition gegen die Verabschiedung der Friedensverträge begonnen.

### Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Der deutsche Delegierte bei der Internationalen Donaukommission, Gesandter Dr. Arthur Seeliger, hat am 19. d. M. die neue Donau-Karte unterzeichnet. Dadurch ist das Reich in die Reihe der Signatarmächte eingetreten.

**Berlin.** Die Zentrumsfraktion des Reichstages wählte an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Trimborn den Reichstagsabgeordneten Ratz zum Vorsitzenden, zu Stellvertretern die Abgeordneten Beder-Arnberg und v. Guertel.

**London.** Infolge des Generalstreiks auf den Linien der Great Southern and Western Railway sind alle Verbindungen zwischen dem Süden abgebrochen.

**Konstantinopel.** Die Nationalversammlung in Angora hat Mustafa Kemal Pascha den Rang eines Marschalls und den Titel „Ghazi“ (Sieger) verliehen. Mustafa Kemal Pascha, er werde die Waffen nicht eher niederlegen, als bis die letzten Griechen vom Boden der Türkei vertrieben seien.

## Bismarcks Sturz.

### Aus dem dritten Band der Erinnerungen.

Nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen ist nunmehr endlich der dritte Band der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen“ erschienen. Obwohl seit dem Erscheinen der ersten beiden Bände über drei Jahrzehnte verstrichen sind und die im dritten Teil behandelten Vorgänge eben so weit zurückliegen, findet das Buch dennoch ein ganz außergewöhnlich großes Interesse, weil in der Entlassung Bismarcks, die hier geschildert wird, die Wurzel der weiteren politischen Entwicklung liegt, die uns dann in gerader Linie in den Weltkrieg und seine Folgen hineinführt. Von den zwölf Kapiteln des im Vergleich zu Band I und II wenig umfangreichen Buches sind diejenigen, die unmittelbar die Vorgänge bei der Entlassung und die Person Wilhelm II. als Prinz und Kaiser betreffen, die wichtigsten, denn in dem persönlichen Verhältnis von Kaiser und Kanzler

lag die Ursache des für Deutschland so verhängnisvollen Bruches zwischen beiden. Bismarck hatte als grundsätzlicher Gegner der Demokratie seit seines Lebens das Reich und den preussischen Staat in einem Sinne regiert, der ganz auf die Autorität der Krone eingestellt war. Er wünschte eine starke, ja allmächtige Persönlichkeit auf dem Throne. Die Tragik seines Schicksals liegt darin, daß er selbst das erste Opfer dieses Allmächtigkeitsbewußtseins wurde, das sich in dem jungen Kaiser in ganz anderer und verhängnisvoller Weise geltend machte als bei seinen Vorgängern. Bismarck hat diese Gefahr früh erkannt, die darin lag, daß in Wilhelm II. ein Thronfolger heranwuchs, der auf Grund seiner persönlichen Fähigkeit und seiner falsch geleiteten Erziehung niemals in der Lage sein konnte, eine kluge und starke Regierung selbst zu führen, daß also bei dem jungen Kaiser zwar das Gefühl seiner Macht, nicht aber die Fähigkeiten zum rechten Gebrauch dieser Macht hervortreten und zu schweren Konflikten führen mußten. Von den

### Außerungen Bismarcks über Wilhelm II.

sei u. a. hervorgehoben, daß der Kanzler in dem Kapitel „Prinz Wilhelm“ darauf hinwies, wie er vergeblich versucht habe, den Thronerben dem beschränkten Kreis des Potsdamer Regimentsdienstes zu entziehen und „mit erweiterten Gesellschaftskreisen und verschiedenen Zentralbehörden in Verbindung zu bringen“. Sein Zivilmentor sei nach zwei Monaten zurückgetreten, weil er „zu einer geschäftlichen Tätigkeit nicht gelangen konnte und sich mit dem mühsigen Hofleben nicht habe befreunden können“. Er weist zur Erklärung des Fehlgeschlages seiner erzieherischen Anstrengungen auf einen Originalbrief des Vaters, des Kronprinzen Friedrich, hin, der am 28. September 1886 von der „mangelnden Reife und Unerfahrenheit, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung und zur Überschätzung seines ältesten Sohnes“ schrieb. Bismarck sagt: „Die Beschränktheit des Vorlebens habe ich tief beklagt.“

### Aus Briefen des Kaisers.

Einige für die Person Wilhelms II. außerordentlich charakteristische Briefe werden in Bismarcks Buch wörtlich wiedergegeben. Sie zeigen die phantastische und schwärmerische aber wenig befähigte Denkweise des Prinzen und Kaisers.

Sechs Monate vor der Thronbesteigung schrieb er an Bismarck:

„Gro. Durchlaucht. Ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem andern für Sie abhauen, eher, als ich etwas unternähme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde. ... Möge es Ihnen bescheiden sein, das Land in Ihrer gewohnten weiten Fürsorge fortzuleiten, sei es zum Frieden, sei es zum Kriege. Falls das letztere sich ereignen sollte, möge Sie nicht vergessen, daß hier eine Hand und ein Schwert bereit sind von einem Manne, der wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große sein König ist und dreimal so viel allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben und der seine zehn Jahre militärischer Ausbildung nicht umsonst hant gearbeitet hat.“

Daß sich beim jungen Kaiser diese Stimmung gegen den alten Kanzler nicht gehalten hat, lag in erster Linie daran, daß Wilhelm II. im Beginn seiner Regierungszeit sofort ein persönliches Eingreifen in die Politik für richtig hielt, wobei er sich auf ganz anderen Bahnen bewegte, als sie Bismarcks Anschauungen entsprachen. Das gilt in der inneren Politik in erster Linie von der Stellung zur Sozialpolitik und zum Sozialismus, in welchem Sinne zum Reichstag überhaupt. Der Kaiser strebte nach Bismarcks Worten nach einem „populären Absolutismus“. Bismarck wußte im voraus, daß daraus nur Enttäuschungen kommen konnten und erwog Pläne, wie man die von ihm sehr ernst eingeschätzte Gefahr einer revolutionären, aus dem Sozialismus entspringenden Bewegung unterdrücken könne. Durch diesen Gegensatz, der durch verschiedene kleinere Zwischenfälle verschärft wurde, gelangten Kaiser und Kanzler allmählich in eine gegenseitige Geringschätzung und Verstimmung, die den Bruch vorbereitete.

### Der unmittelbare Anlaß zum Sturz

Ist, wie der dritte Band klarlegt, zweifacher Art gewesen. Der Kaiser wollte Bismarck verbieten, parlamentarische Führer ohne Vorwissen des Monarchen zu empfangen, wogegen sich Bismarck mit Recht verwahrte und seinerseits vielmehr auf Grund einer alten Kabinettsorder den andern Ministern den Verkehr mit dem König ohne Zuziehung des Ministerpräsidenten, also Bismarcks selbst, verbot. Zu diesem innerpolitischen Konflikt kam ein außenpolitischer. Bismarck, der bekanntlich enge Freundschaft mit Rußland hielt, während damals gerade eine persönliche Verstimmung des Kaisers gegen den Zaren bestand, ließ dem Kaiser einiae

ungünstige Berichte aus Rußland nur teilweise übergeben, um seine russische Politik nicht zu gefährden. Das erregte den äußersten Zorn des Kaisers, der offenbar von einigen politischen Gegnern Bismarcks im auswärtigen Amt und im Generalstab, gegen die Bismarck im dritten Band sehr scharfe Worte findet, noch geschürt wurde. Der Kaiser forderte Bismarcks Abschiedsgesuch. Bismarck meißtelte Schriftstück, dessen Veröffentlichung dem Kaiser verboten wurde, liegt nun in den „Cronaca“ im Wortlaut vor.

### Der gestürzte Kanzler

hat über sein Schicksal den ganzen bitteren Groll eines genialen Menschen empfunden, der mit glühender Leidenschaft für seine Überzeugung eintrat. Er hat von Friedrich aus den Gang der deutschen Politik unter Caprivi mit scharfer Kritik verfolgt, die sich auch im dritten Band wiederfindet. Derselbe Mann, der auf Grund seiner inneren Überzeugung in einer Kabinettsitzung vom Jahre 1887 ausgerufen hatte: „Ich freue mich, wenn ein König von Preußen selbst regieren will“, sah nun, daß dieses Selbstregiment nicht nach den Grundsätzen seiner Erfahrung geführt wurde, und er fällt über den Kaiser das bittere Urteil: „Friedrich der Große hat sein Blut nicht fortgepflanzt!“

Bismarcks Sorgen und schlaflose Nächte in Friedrichsruh galt bis zum letzten Atemzuge dem Schicksal des Deutschen Reiches. Seine schlimmsten Befürchtungen sind vom Lauf der Weltgeschichte übertriften worden. Der dritte Band seiner Erinnerungen gibt uns in erschütterndem Ernst die menschlichen und politischen Wurzeln zum Verständnis der größten Völkervertragödie der neueren Zeit in die Hand.

## Eine Pflicht der christlichen Kirche.

### Vertämpfung des Versailler Vertrages.

In Stockholm tagt zurzeit die erste Kirchenversammlung, bei der Vertreter verschiedener protestantischer Kirchen über allgemeine Ziele beraten. Auf dieser Tagung hielt Lord Parmoor, Mitglied des höchsten englischen Gerichtshofes und des kaiserlichen Geheimen Rates, einen ungemein aufsehen erregenden Vortrag über die Pflicht der Kirche in der gegenwärtigen Krise.

Lord Parmoor forderte, daß die Autorität der gesamten christlichen Kirche sich gegen den Versailler Vertrag richten müsse. Ein Vertrag, der Frieden und Versöhnung herbeiführen soll, könne dieses Ziel nicht erreichen, wenn er gleichzeitig ein Verlangen nach Strafe und Rache beinhalte.

Dieser Charakterisierung des Versailler Vertrages als eines Abwehrinstrumentes an Stelle eines Friedensvermittlers ist in Deutschland so oft und so überzeugend geantwortet worden, daß Lord Parmoor's Worten des hervorragenden Engländer's nicht mehr hinzuzufügen braucht. Lord Parmoor trat weiter für eine dringende Revision des Völkerbundsstatuts ein, die auf einer öffentlichen, von allen Nationen ohne Ausnahme unter gleichen Bedingungen beschickten Konferenz beraten werden müsse. Die wahrhaftige Grundlage des Völkerbundes müssen allerdings eine wirklich überparteiliche Jugeständnisse sein und nicht besondere als Folge des Krieges eingetretene Bedingungen.

### Wirtschaftliche Gesundung und Weltfrieden.

Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Ungarn, Österreich, Schweden und Japan. In der Eröffnungsrede wird Lord Parmoor, der sich in Stockholm so entschieden gegen den verhängnisvollen Versailler Frieden ausgesprochen, den Vorschlag führen. Es ist auch eine Kundgebung in der Central Hall von Westminster zugunsten der Abrüstung vorgesehen.

## Schlußdienst.

### Traktatnachrichten vom 29. September.

#### Verbotene „Deerschan schwarz-weiß-rot“.

Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. Oktober im Sportpalast geplante „Deerschan schwarz-weiß-rot“ verboten. Die Veranstalter der geplanten Deerschan gebören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des Frontkämpfertages im Stadion.

#### 30 Prozent Eisenbahnarbeitererhöhung beschlossen.

Berlin. Infolge der am 1. August erfolgten Erhöhung der Gehälter der Beamten und Arbeiter sowie der allgemeinen Steigerung aller Preise erwächst der Eisenbahnbewegung ein Teufel von rund 7 Milliarden Mark. Es hat sich deshalb die Notwendigkeit ergeben, eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 30 Prozent anzunehmen, wofür der Eisenbahnrat sofort zugestimmt hat. Die Mäler- und Takttarife werden am 1. November, die Expresstarife und Personentarife am 1. Dezember d. J. erhöht.

#### Ein ungeheiltes Oberkiefer.

Berlin. Eine Anzahl oberkieferlicher Verbände, darunter der Oberkieferliche berg- und hüttenmännische Verein, der Landbund, der Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der katholische Kreis, haben der deutschen Regierung umfangreiches Material übermietet, in dem neuerdings die Unheilbarkeit Oberkieferstend dargestellt wird, und gebeten, dieses Material an den Vorkörper weiterzuleiten. Die deutsche Regierung wird das Material in den nächsten Tagen in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerbund unterbreiten.

#### Das Ende der Selbständigkeit Polens.

Wien. Mit dem 1. Oktober gehen die Funktionen der polnischen Rechnungskammer auf die oberste Kontrollkammer in Warschau über. Ab 1. November wird das Justizdepartement des Ministeriums für ehemals preussische Landesteile aufgelöst und mit dem Justizministerium verschmolzen. Die übrigen Departements geben ihre Selbständigkeit am 31. Dezember d. J. auf.

#### Eine russische Millionen-Banknote.

Warschau. In hiesigen Finanzkreisen wird allgemein ein Moskauer Beschluß der Sowjet-Regierung besprochen, nach dem neue Banknoten im Werte von je einer, von fünf und zehn Millionen Rubel ausgegeben werden sollen. Die Höhe der Banknotenausgabe ist unbegrenzt.

#### Das Warenhaus „Printemps“ vernichtet.

Paris. Der im Warenhaus „Printemps“ am Boulevard Haussmann ausgebrochene Brand ergriff das ganze neue Gebäude. Um 9 Uhr früh stürzte die Front zusammen. Es gelang der Feuerwehr, den alten Bau zu retten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

#### Steigerung der deutschen Einfuhr nach England.

London. Die deutsche Einfuhr nach England im Monat August weist eine Zunahme von fast 150 000 Pfund Sterling auf.

### Industriekrise in den Vereinigten Staaten.

London. Aus New York wird gemeldet, daß sich in der industriellen Lage der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten nähert. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem fürchterlichen Kampf kommen werde, darunter zum Streit der Eisenbahner, Bergleute und anderer Arbeiter über zu einer Regelung im guten und zur Annahme der Lohnherabsetzungen durch die Arbeitgeber.

## Die Toten von Oppau.

Die Opfer von Oppau. Die Zahl der bis jetzt festgestellten Todesopfer der Katastrophe von Oppau beträgt 414. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt 75. Die Zahl der von den Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist auf 160 gestiegen. — Die Regierungskommission des Saargebietes hat für die Opfer des Unglücks in Oppau 100 000 Mark bewilligt.

Aus Versicherungskreisen erklärt die Frankf. Ztg., daß der Schaden bei den Oppauer Werken an Maschinen, Anlagen und Vorräten auf nicht über 40 Prozent geschätzt wird. Die Vorratsversicherung spielt an sich eine unbedeutende Rolle, da nur etwa 4 Millionen Mark bei privaten Gesellschaften versichert sind. Bei beiden Positionen, Maschinen und Vorräten, wird eine außergewöhnliche Selbstversicherung zu verzeichnen sein, die etwa 90 Prozent betragen wird. Bei Maschinen und Vorräten sind etwa 500-600 Millionen Mark versichert. Der Schaden für die privaten Feuerversicherungsunternehmen wird also etwa 50 Millionen Mark betragen. Außerdem kommt ein Gebäudeverlust von 200-300 Millionen Mark in Frage. Dieser Schaden soll bei der Oppauer Landesbrandkasse gedeckt sein.

## Freigabe einzelner Kohlenorten

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat beschlossen, Brennlocherden, die zurzeit in genügenden Mengen vorhanden sind und von denen zu erwarten ist, daß sie auch in Zukunft ausreichend zur Verfügung stehen werden (Kohlbrennhöhle, Napfpreßhölzer, Grubenhölzer, Jodern, Gas- und Steinhölzer, sowie die Abfallbrennstoffe aus der Steinhöhle, wie z. B. Schlammkohle, Aokgras, Generalorenschlamm, Schlacke, Waldberge, Mittelprodukte und dergleichen), insofern aus der Zwangswirtschaft freizugeben, als für sie in Zukunft die Meldepflicht und die Bezugspflicht aufgehoben wird. Für die vorstehend nicht erwähnten Brennstoffe, insbesondere für Steinkohle jeder Art und die daraus hergestellten Brennstoffe, für Braunkohlenbriketts, baprische Pechhölzer und böhmische Steinkohle und Braunkohle, bleibt es bei der bisherigen Regelung, da in diesen Brennstoffen ein starker Bedarf besteht, der durch Förderung nicht gedeckt wird. Die Ausnahmen für die nächste Zeit sind indes nicht besonders günstig. Insbesondere muß im bevorstehenden Winter der Steinkohle infolge der Anforderungen der Mäler und des Wegfalls der Ueberlieferungen mit großer Knappheit gerechnet werden.

## Sächliche und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 29. September 1921.

### Werkblatt für den 30. September.

Eonnenaufganga 6<sup>00</sup> | Monbauaufganga 4<sup>00</sup> R.  
Eonnenerganga 5<sup>00</sup> | Monbauererganga 5<sup>00</sup> R.  
1857 Dichter Hermann Sudermann geb. — 1883 Admiral Al. Inhold geb.

Das verteuerte Rauchen. Vom 1. Oktober ab wird die Vandenrollesteuer für Zigarren und Tabak die Hälfte der ursprünglich in Aussicht genommenen Steuererträge betragen, während bisher nur 35 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Vandenrollesteuer erhoben wurden. Bei Zigarren soll der feinerzeit vom Reichsfinanzministerium bewilligte Steuerzuschlag, der seit dem 1. April dieses Jahres 30 Prozent betrug, jetzt ganz weggelassen, so daß also für diese „Rauchware“ fortan die ursprünglich festgesetzte Vandenrollesteuer in voller Höhe zur Berechnung kommen werden. Es wird demzufolge, um ein Beispiel anzuführen, die Hälfte des Preises einer 50-Pfennig-Zigarette auf die steuerliche Belastung entfallen. Es wird damit gerechnet, daß sich der Zigarettenpreis nach dem 1. Oktober derartig verteuert, daß ein Aufstrich der einzelnen Zigarette zum mindesten in die nächste Vandenrollesteuerklasse unvermeidlich wird. Das würde bedeuten, daß z. B. eine Zigarette, die jetzt 1,50 Mark kostet, späterhin mit mindestens 1,80 Mark, vielleicht aber auch mit 2 Mark im Einzelhandel verkauft wird. In der Übergangszeit, die vielleicht zwei Monate währen dürfte, wird man in den reichlichen Geschäften, die noch alte Vorräte haben (eine Rauchersteuer unterbleibt), wahrscheinlich Zigaretten noch zu den bisherigen Preisen bekommen, dann aber dürfte das Preisniveau sowohl für Zigarren und Tabak als auch für Zigaretten durchweg eine empfindliche Erhöhung erfahren.

Naunhof. Am 1. Oktober scheidet der Lehrer Hugo Paul aus dem hiesigen Lehrkörper aus, um eine ständige Stelle in Leipzig anzunehmen. Seit Herbst 1919 hat er an unserer Schule mitgewirkt und hat es verdient, sich die Herzen der Kinder durch sein seltsames Wesen zu gewinnen. Auch die durch den Krieg und Revolution gestörte Disziplin hat durch ihn mit gewonnen. Möge er an seinem neuen Wirkungsorte volle Befriedigung finden.

Vielspielhaus. Zur Vorführung vom Freitag bis mit Sonntag kommt ein Drama in 6 Akten: „Menschen, die ihr Glück verpielen“, von Siegfried Geyer. Lieber den Inhalt des Stückes sei kurz berichtet. Herbert von Veer, ein junger Graf, wird von seinem Vater seines Landes wegen zur Entlassung seiner Jugendliebe gezwungen und zu einem Leben an einem Orte, der ihn der Freiheit beraubt, verurteilt. Er läßt sich dort tief unglücklich. Mäler revolutionärer Volkstoffs, zu denen er dort gelangt und die er begeistert liebt, so auch Tolstoj's Lehren über Menschlichkeit, prägen sich tief in sein Inneres ein. Zugleich findet er einen Freund, der, ebenfalls voll von Idealen, Herberts Schicksal beklagt. Das Sehnen nach Freiheit treibt ihn zur Flucht. Nach bitteren Erlebnissen und Enttäuschungen und zuletzt durch Arbeit, die ihn allein nur noch glücklich machen kann, gelangt er früh zum Spiel seiner Paulbahn. Er wird Direktor eines Millionen-Stabtrucks. Als aber eines Tages seine Arbeiter zu ihm kommen, um ihm ihr Geld zu klagen und er in ihrer Mitte seinen Freund findet, kommt seine tief in ihm Wurzel gefasste Weltanschauung zum Durchbruch. Er geht zu den Arbeitern über und wird von ihnen bestimmt, sie zu befreien und ihren verhassten Feind aus dem Wege zu schaffen. Als von Veer diese Tat vollbracht, packt ihn jedoch Entsetzen und er flieht vor dieser Welt, von diesen Menschen — die ihr Glück verpielen. — Ein reizendes Lustspiel schließt sich dem Drama an. Auch diese Filmdarstellungen werden, wie immer, in jeder Beziehung den Erwartungen des Publikums entsprechen.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Die Reichseisenbahnverwaltung gibt amtlich bekannt, daß ab 1. Dezember d. J. die Fahrpreise 1.—4. Wagenklasse, sowie die Preise für Bundeskarten um 30 Prozent erhöht werden. Die Preisermäßigung erstreckt sich auch auf Zeitkarten, Sonntagsfahrkarten und Arbeiter-Nachfahrkarten. Die Mitteljahrspreise bleiben zunächst unverändert. Die Schnellzugzuschläge betragen künftig für Zone I (1—75 km) 1. und 2. Klasse 30 Mk., 3. Klasse 5 Mk., Zone II (76—150 km) 1. und 2. Klasse 20 Mk., 3. Klasse 10 Mk., Zone III (über 150 km) 1. und 2. Klasse 30 Mk., 3. Klasse 15 Mk. In der in Stuttgart stattgefundenen Sitzung des Rates der deutschen Reichseisenbahnen wurde die bevorstehende weitere Erhöhung der Eisenbahntarife eingehend besprochen. Die Tarifherhöhung soll in Form eines gleich-

mäßigen Zuschlags von 30 Prozent ab 1. Dezember. Es ist abzusehen, eine Tarifherhöhung zu bewirken.

Die drohende Gefahr. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind die Eisenbahnerbetriebe der neuen Besatzung Bedrohung zu verlässiger Verwahrung eingeleitet die in weitaus den meisten Fällen kommen, aus neue in schuldhaftem der Ang bei dem Reichsoberverwalter die Dauerkriterien einnehmen werden oder geringes beibringt werden.

Die staatliche lauten zahlreiche Anträge für notleidende 2 Millionen Mark. Zur wichtigsten Mittel würden niemand wirklich alle solchen Kleinrenten laufende Unterstellungen die Vorkamerbeiträge handhabt. Die Berücksichtigung sind, hat die von ihnen bezogenen freie Kost oder andere gegenwärtigen Werte d. Jahreswert von 2500 Anteil an den Beihilfen.

Reichsminister. Wenn kürzlich ist ihre Trinkbrautweine. In „Rümmel“, „Kaiser“ enthält auf 35 Nummern.

Leipzig. Die und Zusammenarbeiten in Tarifhöhe aus dem 1. Arbeiterbetriebe 50 Prozent der Arbeitgeber nur ein was die Gegenleistung, große öffentliche Verleumdung des Ergebnis der Wenn bis zum 30. September nicht angenommen werden, in der Gegend Leipzig abgeschlossen. Deutschen Buchdrucker mit vollkommener solchen Umständen auf nur eine vollkommen Verammlung nach 2. Verammlung nimmt a troffenen tariflichen Belastungen schweren Belastungen, diese Vordrehen, ist mit allen V. Borna. Ein sich als Anrecht vermeintlich Geld und Geld, ihr Randworte!

Dahle. Die erste Mal wieder zogen Spiel in unsere Staat regiments 12 bezog auf Standort für eine Rad einen guten Eindruck.

Meißen. Der aus Kadebel bei Dresden halten einen Besondere, sie können die 104000 Mk. verfallenen Kaufsumme zu erlangen schwinden. Bereits angenommen und nachbracht. Von dem hohen Anfehrgrube in Kadebel.

Die Dresdene Mark als Zulage der Sohr.

Dresden. Die gesparten der Metallunterschieden der Arbeits durch diese Bewegung, im Streik stehen bezogen. Glaucha. Waldenburg-Altenburg beehren täglich zweimal

## Im W

„Er ist eine die Mehr noch: er ist jallischpieler!“

Der Kohlenhauer vor sich nieder. Tassen.

Gewerkschaft. Ach war ja so schön. Und er hängt jetzt unter uns. den Fremdschiff aus dem Kredit und sei.

„Du hast ihn. Du hast ihn. Du hast ihn.“

„Du hast ihn. Du hast ihn. Du hast ihn.“

„Du hast ihn. Du hast ihn. Du hast ihn.“



anten.  
sich in der In-  
rie mit großen  
entscheiden, ob  
darunter zum  
Arbeiter ober  
der Lohnberab-

pan.  
bis jetzt festge-  
au beträgt 414,  
trägt 75. Die  
gemeindefreien  
rungscommis-  
sions Unglücks in

Fig., daß der  
Anlagen und  
Die Vorrats-  
da nur etwa 4  
weit sind. Bei  
eine auhergewöhn-  
90 Prozent be-  
etwa 500-600  
privaten Feuer-  
tionen Mark be-  
200-300 Mil-  
der Vorräthen

enforten  
g hat beschlossen,  
vorhanden sind  
hmit ausreichend  
schlechte, Grube-  
Ubranzstoffe aus  
S, Centraloren-  
und dergleichen,  
für sie in Zu-  
aufgehoben wird.  
insbesondere für  
den Betriebs, für  
und böhmisches  
perigen Rege-  
belleh, der durch  
die nächste Zeit  
muh im beson-  
derer Ansporn

eilungen.  
September 1921.  
47. N.  
51. N.  
1893 Admiral

über ab wird  
at die Hälfte  
uerkräfte be-  
sprunglich  
den. Bei Bi-  
zministerium  
April dieses  
so daß  
änglich festge-  
zur Berei-  
um ein Wei-  
50-Pfennig-  
Es wird  
nach dem  
den der ein-  
Banderolen-  
bedeuten, daß  
späterhin mit  
2 Mark im  
angest, die  
man in den  
haben (eine  
ch Sigarren  
dann aber  
in und Tabak  
findliche Er-

Sugo Paul  
Stelle in Leip-  
anierter Schule  
der Kinder durch  
den Krieg und  
kommen. Mäde-  
finden.  
reitrag bis mit  
die ihr Glück  
ist des Glückes  
Prof, wird von  
seiner Jugend-  
der ihn der  
ist unglücklich.  
elangt und die  
schlechte, prägen  
sein Freund, der  
sein soll. Das  
bitteren Erle-  
die ihn stellen  
a Spiel seiner  
uß. Als aber  
ihre Eltern zu  
ummt seine tief  
rucht. Er geht  
zu befreien  
ffen. Als von  
er nicht  
perspielen. —  
Nach diese  
ung, den Er-  
hselbahnber-  
er d. J. die  
für Kunde-  
Preisverhöhung  
und Arbeiter-  
st unverständlich.  
1 (1-75 km)  
(75-150 km)  
(über 150 km)  
in Stuttgart  
hselbahnen  
bahnstrecke ein-  
eines gleich-

mäßigen Zuschlags von 30 Prozent zu allen Tarifen, Personen- und Gütertarifen, und Nebengebühren durchgeführt werden, und zwar im Güterverkehr ab 1. November und im Personenverkehr ab 1. Dezember. Nach Einführung des gleichmäßigen Zuschlages ist beabsichtigt, eine Änderung der Preisklasse für die einzelnen Tarifklassen festzusetzen.

Die drohende Fahrpreiserhöhung der Wochen- und Monatskarten. Nach den bisherigen Veröffentlichungen der Presse sollen von der 30 bzw. 50%igen Erhöhung auch die Wochen- und Monatskarten betroffen werden. So sehr es verständlich ist, wenn die Eisenbahnverwaltung sich durch Erhöhung der Fahrpreise für die neuen Belastungen durch die zugeordnete Gehaltsverhöhung Deckung zu verschaffen sucht, muß doch gegen dieses Verfahren Verwahrung eingelegt werden, weil die Arbeiter und Angestellten, die im wesentlichen als die Benutzer dieser Dauerarten in Frage kommen, aus nur noch bedeckt werden würden. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.) ist deshalb in einer Eingabe bei dem Reichsverkehrsministerium dahin vorstellig geworden, daß die Dauerarten entweder von der Preissteigerung völlig ausgenommen werden oder doch zum mindesten die Erhöhung auf ein geringes Maß beschränkt werde.

Die staatliche Kleinrentnerbeihilfe. Bei den Bedröhen lauten zahlreiche Anfragen ein wegen der Verteilung der zur Beihilfe für notleidende Kleinrentner vom Landtage ausgesetzten 5 Millionen Mark. Zur Klarstellung sei folgendes mitgeteilt: Die bewilligten Mittel dürfen nicht allzulehr zerstückelt werden, denn sonst würde niemand wirklich geholfen werden können. Es müssen daher alle solchen Kleinrentner unberücksichtigt bleiben, die von dritter Seite laufende Unterhaltungen erhalten, selbst wenn es sich dabei nur um die Veteranenbeihilfe für die Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71 handelt. Ob Auszügler bei der Verteilung der Beihilfen zu berücksichtigen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Die von ihnen bezogenen Ausgabensleistungen, z. B. freie Wohnung, freie Kost oder andere freie Naturalbezüge, müssen nämlich nach dem gegenwärtigen Werte berechnet werden. Weiterens werden sie einen Jahresverdienst von 2500 Mk. erreichen. In diesem Falle kann kein Anteil an den Beihilfen zugewiesen werden.

Reichsschlichter. Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein läßt ihre Reichsschlichter an und nennt sie „Monopol-alkoholsteuerverwalter“. Zunächst kommen zum „Körner“ und „Rümel“, „Körner“ kostet 31 Mark die „Eiterfische“ und er enthält auf 35 Raumteilen 29 Gewichtsteile Weingeist. „Wohl bekommen!“

Leipzig. (Vorkämpfer.) Hier stehen die Zwickauer und Zwickauer Arbeiter im Streik. Auf die bisher gültigen Tarifhöhe aus dem Abkommen vom 1. März 1921 sind von den Arbeitnehmern 50 Prozent Aufschlag verlangt worden, während die Arbeitgeber nur einen solchen von 25 Prozent gewähren wollten, was die Gegenseite „als völlig unakzeptabel“ ablehnte. — Eine große öffentliche Versammlung der Buchdrucker erklärte sich mit dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen nicht einverstanden. Wenn bis zum 30. September die erhöhten Forderungen der Arbeitnehmer nicht angenommen sind, ist mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung zu rechnen. — In einer am Mittwoch, den 28. September, in der Gutenberghalle des Deutschen Buchamerbundes zu Leipzig abgehaltenen Versammlung des Kreises VII (Sachsen) des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurden diese Vorschläge erörtert und mit vollkommener Einmütigkeit festgestellt, daß es in dem unter solchen Umständen aufzunehmenden Kampfe mit der Gehilfenschaft nur eine vollkommen geschlossene Arbeitsgemeinschaft geben könne. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: „Die Versammlung nimmt von der in Berlin mit der Gehilfenschaft getroffenen tariflichen Vereinbarung trotz der damit verbundenen erzwungenen schweren Belastung zustimmend Kenntnis. Der Versuch der Gehilfenschaft, diese Vereinbarung in Leipzig und anderen Orten zu brechen, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.“

Borna. Ein Schwindler tritt in hiesiger Gegend auf, der sich als Knecht verkleidet und zur Abholung seines Gepäcks Wagen, Pferd und Geld bringt, womit er dann verschwindet. — Also Vorsicht ihr Randwirte!

Dahleu. Einquartierung. Seit langen Jahren das erste Mal wieder zogen am letzten Freitag Truppen mit klingendem Spiel in unsere Stadt ein. Das 3. Bataillon des Reichswehrregiments 12 bezog auf dem Adolfsplatz nach seinem Standort für eine Nacht hier Quartier. Die Truppe machte einen guten Eindruck.

Meißen. Der 18 Jahre alte Porzellanmaler Willy Seiler aus Radebeul bei Dresden und sein 25 Jahre alter Bruder Adolph Seiler hatten einen Beamten nach Meißen gelockt unter dem Vorwande, sie könnten ihm 800 Taler Porzellanstücke zum Preise von 104000 Mk. verkaufen. Die Gebrüder Seiler versuchten es, die Kaufsumme zu erlangen und dann in einer Autodrohke zu verschwinden. Bereits am folgenden Tage wurde die Betrüger festgenommen und nach dem Amtsgerichtsgebäude Radebeul gebracht. Von dem hohen Betrage konnten 99000 Mk. aus einer Kistenruhe in Radebeul wieder herbeigeholt werden.

Dresdener Stadtdirektor bewilligte rund 3300000 Mark als Zuschlag der Stadt zu den Staatsbahnen für das laufende Jahr.

Dresden. Hier beträgt die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten der Metallindustrie rund 28000, in dem andern Verwaltungskreis der Reichshauptmannschaft etwa 13000, so daß durch diese Bewegung jetzt über 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik stehen bzw. ausgesperrt sind.

Glauchau. Die Eröffnung der Postautolinie Glauchau-Waldenburg-Altenburg erfolgt am 5. Oktober. Die Wagen verkehren täglich zweimal in jeder Richtung.

— Bisse Erfahrungen muß ein Viehhalter in Waldenburg gemacht haben, der im „Schönbauer Tageblatt“ folgende Anzeige veröffentlicht: „Möchte! Wer seine Gänse totschlagen haben will, bin ich gern bereit, an einen Herrn zu verweisen, der es unentgeltlich macht. Osm. Reim, Waldenburg.“

— Zwickau. Von einem Schwindler wurden mehrere Frauen in Witzkau um ansehnliche Geldbeträge betrogen. Der Betrug fruchtete, ob sie Emallicöpfe auszubessern hätten. Nachdem ihm solche übergeben worden waren, verschleierte er die darin befindlichen Löcher mit einer weißen Masse. Beim Abbleiben empfahl er den Frauen, die Löcher erst am nächsten Tage in Gebrauch zu nehmen. Als dieses aber geschah, fiel die aufgeschleierte Masse, die nichts anderes als Schlammkreie war, herunter.

— Frankenberg. Die am 1. Oktober eintretende Erhöhung der Zigarren-Bandrolsteuer dürfte unliebsam in den Erwerbslosenkreisen stark befallen. Es werden 200 Tabakarbeiter ganz und ungefähr 1200 zum Teil arbeitslos.

— Hartha. Von einem pöblichen Tode ereilt wurde vor dem Arzte der Textilarbeiter Vincenz Höber aus Wittweiba. Derselbe befand sich mit mehreren Freunden auf einer Radpartie von Wittweiba nach Golditz. Einige hundert Meter vor dem Golditz zum Arzte ereilt er einen Herzschlag, sodah er tot vom Rade stürzte. Der hinzugerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

— Siebenlehn. Die hiesige Deutsche Schuhmacherschule feiert Sonntag, den 2. Oktober 1921, den Tag ihres 25jährigen Bestehens. Mit der Feier ist eine für jeden Schuhmacher lebenswerte Ausstellung und die Aufführung der Hans-Sachs-Festspiele verbunden. Nach den bisher eingehenden Anmeldungen zu urteilen, ist mit einem äußerst zahlreichen Besuch der Feier seitens der Schuhmacherwelt zu rechnen.

— Schwarzenberg. Eine Wille der Wollwäcker wird hier aufgestellt. Der Stadtrat hat beschloffen, Vollen öffentlich auszuliegen, in denen die wahlberechtigten Einwohner eingetragen werden, die ihrer Wahlpflicht nicht entzogen haben.

— Jitzau. In der auf dem alten Kreuzkirchhofe in Jitzau befindlichen Mönchens Gruft, die als eine Sehenswürdigkeit des Friedhofes gilt, zertrümmerten Schulknaben eine Steinfigur und eine Palle und richteten auch sonst Schäden in der Gruft an. Die Täter sind ermittelt.

— Ebbau. Eine Fleischpreisdemonstration veranstaltete die Arbeiterkassette Ebbaus. Nach Fabrikabschluss zog sie vor die Türen der Fleischer, die die von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Preise nicht annehmen wollten (Rindfleisch 12 Mk., Schafschaf 13 Mk., Anoblauch 13 Mk.). Abornungen gingen in die Läden und forderten die Fleischer auf, sich an den vereinbarten Preise zu halten. Die Fleischer erklärten, daß die Lieferfristung der Preise, die übrigens nicht bei allen Fleischern haltgelunden hatte, in teurem Einkauf des Viehs begründet sei. Trotzdem haben sich die Fleischer bereit erklärt, gutes Rindfleisch mit 10 Mk. das Pfund abzugeben.

### Engelbert Humperdinck gestorben.

Der Komponist von „Hänsel und Gretel“.

Reutlingen, 28. September. Engelbert Humperdinck ist hier, 67 Jahre alt, an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Mit Engelbert Humperdinck ist einer der liebsten und volkstümlichsten deutschen Komponisten der „Nach-Wagner-Zeit“ aus dem Leben geschieden. Sein Name war untrennbar verknüpft mit der Märchenoper „Hänsel und Gretel“, die 1894 in Weimar zur ersten Aufführung gelangte und dann ihren Weg durch die ganze Welt machte. Die Dichtung stammte aus der Feder seiner Schwefster Adelheid Wette, die das hübsche Volksmärchen sehr geschickt zu einem Opernwerk umgearbeitet hatte. Seinen großen Erfolg verdankte das Märchenstück in erster Linie der äußerst glücklichen Einschaltung altbekannter Kinder- und Volkslieder. Strenge Kritiker machten dem Komponisten den Vorwurf, daß sich mit dem neuen Charakter des Werkes die Wagnerische Behandlung des Orchesters und der Agitation nicht recht vertrage, und daß die Oper einen einheitlichen Stil vermissen lasse. Dieser „Stilmangel“ machte sich noch stärker bemerkbar in dem zweiten Märchenstück „Die sieben Geiseln“ (1897) und in dem Melodrama „Die Königskinder“ (1898), denen überdies die nicht zum zweitenmal in gleichem Maße verfügbare sieghafte Hilfe volkstümlicher Elemente abgeht. Aber, wenn auch in diesen und in den später erschienenen Werken, so in der formlichen Oper „Heirat wider Willen“, in der Begleitmusik zu „Volkslieder“, „Märlchen“, in den Opern „Die Marktenderin“ und „Gaudamus“ ein merkwürdiges Nachlassen der musikalischen Schöpferkraft unverkennbar ist, so wird Engelbert Humperdincks Ruhm doch sicher nicht so rasch verfliegen wie bei so vieler anderer Wagner-Nachfahren, die heute mit großem Geschrei die Opernbühne beherrschen.

Humperdinck, der am 1. September 1854 in Siegburg am Rhein geboren war, erhielt seine Ausbildung an den Konservatorien zu Köln und München, hatte das Glück, nachher in den Konkurrenz um das Mozart-, Mendelssohn- und Meyerbeer-Stipendium zu siegen und

wurde nach Ablauf längerer Studientreisen zuerst Lehrer am Konservatorium in Barcelona und dann Lehrer der Instrumentation am Hochschen Konservatorium in Frankfurt a. M. Er gehörte zum Freundeskreise Richard Wagners, dem er auch in den Bayreuther Festspielen zur Seite stand. Seine herzlichen Beziehungen zum Haus „Wagners“ erlitten niemals auch nur die geringste Trübung; er war bis in die letzte Zeit hinein sozusagen „musikalischer Beirat“ Siegfried Wagners, des Sohnes des Komponisten der „Nibelungen“. 1900 wurde Humperdinck als Vorkämpfer einer akademischen Musikschule und als Mitglied der Akademie der Künste nach Berlin berufen. Den verflochtenen Sommer über hatte er sich in Bayern aufgehalten. Von dort war er vor kurzem nach Reutlingen gekommen, um seinen am dortigen Landestheater als Opernregisseur tätigen Sohn zu besuchen. Vor einigen Tagen erlitt der greise Meister, der bereits im Jahre 1912 anlässlich einer Reise nach England von einem schweren Schlaganfall betroffen worden war, einen neuen Schlaganfall, dem er jetzt erlegen ist.

### Nah und Fern.

Handwerkskammerpräsident Nahardt verhaftet. Der Präsident der Berliner Handwerkskammer, Ehrenobermeister Karl Nahardt ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Elbing verhaftet worden. Seine Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht des Meineids und des gemeinschaftlichen Betruges. Zu gleicher Zeit wurden in Berlin der Handwerkskammersekretär Hoffmann und noch einige andere Personen festgenommen.

Die Suche nach Erzbergers Rörtern. Die Kopenhagener Polizei ist von der deutschen Polizei erfucht worden, festzustellen, ob sich die beiden Rörder Erzbergers, der Kaufmann Schulz und der Student Tilsen, in Dänemark aufhalten. Dem Waite „Rödenhavn“ zufolge erhielten Verwandte des einen Rörders einen mit dem Kopenhagener Poststempel versehenen Brief der Rörder.

Neue Goldfunde in Kalifornien. Man berichtet aus Newyork, daß in Santa Monica in Südkalifornien von zwei Petroleumsuchern außerordentlich reiche Goldfunde gemacht wurden. Die Goldfelder sollen reicher sein als die vor 70 Jahren entdeckten kalifornischen Goldfelder.

Eröffnung der deutsch-dänischen Luftfahrerkonferenz. Auf Schloß Christiansborg bei Kopenhagen wurde die deutsch-dänische Luftfahrerkonferenz eröffnet. Von dänischer Seite nimmt eine Delegation von sieben Mitgliedern mit dem Vorsitzenden der Luftfahrerkommission, Generalsekretär Hollnagel-Jensen, an den Verhandlungen teil. Die deutsche Delegation besteht aus vier Mitgliedern.

Bedeutende Telegrammgebührenerhöhung in Österreich. Mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1921 wird im österreichischen Telegraphenverkehr mit Deutschland die Gebühr für jedes Wort eines gewöhnlichen Telegrammes auf acht Kronen, eines Pressetelegrammes auf vier Kronen und die Windstempelgebühr für jedes Telegramm auf 80 Kronen festgesetzt.

Eine große Feuersbrunst brach in Jamund bei AdS-Ans aus. Das Feuer entzündete in einer Scheune eines Hofbesizers auf bisher unaufgeklärte Weise und verbreitete sich auf neun weitere Gehöfte und die alte Dorfkirche, die viele wertvolle Altartümer barg. Die gesamte Ernte, viele Maschinen und zehn Kinder wurden ein Raub der Flammen.

Ein amerikanisches Unterseeboot gesunken. Das amerikanische Unterseeboot „A. 6“ von der pazifischen Flotte ist gesunken, während es im Hafen von San Pedro (Kalifornien) vor Anker lag. Der Unglücksfall wird darauf zurückgeführt, daß ein Torpedorohr offen stand. Zehn Mann der Besatzung sind ertrunken.

Auslandshilfe für deutsche Kinder. Nachdem die Deutschen in San Salvador erst vor kurzem 3350 Mark für die Studentenhilfe und 8000 Mark zur Speisung armer Flensburger Kinder gespendet hatten, hat die kleine deutsche Kolonie daleibt neuerdings 20000 Mark der deutschen Kinderhilfe und 10000 Mark der Studentenhilfe Berlin überwiesen.

### Bunte Tages-Chronik.

Berlin. In Rowaves bei Potsdam ist im Alter von 88 Jahren der Philosoph und volkswirtschaftliche Schriftsteller Eugen Dühring gestorben.

Münster im Rheinland. Ein englischer Flugzeug, das sich auf dem Wege zu den amerikanischen Nordern befand, stürzte plötzlich ab. Ein Insasse war sofort tot, die beiden anderen wurden verletzt.

### Im Wechselspiel des Lebens.

Roman von Konrad Paulding. 43

„Er ist eine dunkle Existenz, ein zweifelhafter Charakter. Mehr noch: er ist ein hochstapler schlammiger Sorte, ein falschspieler!“

„Wahr!“

Der Kohlenhändler nickte nur und starrte eine Zeitlang vor sich nieder. Dann schien er gewaltsam sich wieder aufzuheben.

„Gewerksmäßig betrieb er das Spiel, und er nicht allein! Ich war ja so völlig ahnungslos. Ich protegierte ihn sogar noch. Und er hängt sich an mich, er betonte den anderen gegenüber unsere alte Bekanntschaft; auch aus einer angeblichen Freundschaft mit Dir suchte er Kapital zu schlagen, seinen Kredit und sein Ansehen dadurch zu erhöhen.“

„Und Du wiederprotest dem nicht? Ich habe ja mit dem Deinen kaum zehn Worte gewechselt.“

„Du hast ihn damals zu Deinem Kartellträger gemacht, Viktor Schult gegenüber. Vergiß das nicht, Paul. Es rächt sich eben alles.“

Paul schlug sich vor die Stirn. Diese Erinnerung, alles, was damit zusammenhing, war qualvoll und beschämend zugleich für ihn, und die Lasten selbst; entwohnete ihn allerdings auch dem Vater gegenüber.

gekommen war, und die Sache wurde an die große Glocke gehängt. Das war der Anfang vom Ende. Ich bin unschuldig, Paul. Ich wiederhole es immer wieder. Aber was wird mir das nützen? Ich habe ja nach den Bestimmungen auch für allen anderen Schaden aufzukommen, und das ruiniert mich — vollständig! Zu spät mußte ich an Deine Worte von damals denken; mitgegangen, mitgefangen. Und wenn ich es allein wäre, aber auch unter guter Name, der Name Wehrmann, den Du groß und, wenn ich so sagen darf, berühmt gemacht hast, Du und auch unser unschuldiges Gretchen, er geht damit zugrunde.“

Der Kohlenhändler hatte zu Ende gesprochen. Mit einer gewissen Bedrückung zog er, man sah ihm beinahe an, wie wohl es ihm tat, im Schmerz zu wählen, sich unter Selbstvorwürfen zu begraben und dieses Ende in den schwärzesten Farben zu malen. Er leerte sein zweites Glas — mit dem Gesichtsausdruck eines zum Tode Verurteilten, der seine Henkersmahlzeit einnimmt, und erhob sich: „Wir können jetzt weder Pläne fassen, noch überhaupt an die Zukunft denken; sie liegt dunkel vor uns, und Gott weiß, ob und wann sie sich noch einmal erhellen wird.“

Paul wollte noch etwas erwidern, nachdem er jetzt alles gehört, sah er, daß die Sache für den Vater ja keineswegs so schlimm und trostlos stand, als dieser in seiner tragisch-düsteren Art es sich vorstellte, im äußersten Falle würde es sich ja eben nur noch um ein größeres und hoffentlich leichtes Geldopfer handeln, zu dem er, als persönlich haltendes-Vorstandsmitglied, verpflichtet war.

Aber der Kohlenhändler schnitt seinem Sohne jedes weitere Wort durch eine letzte große Wette ab und verteilte ihn.

Paul hatte sich schon am nächsten Tage so eingebeugt als möglich nach den Verhältnissen des nunmehr in der Auflösung begriffenen Sportklubs erkundigt und danach das voranschreitende Schuldkonto seines Vaters berechnet. Die Summe war doch bedeutender, als er geglaubt hatte, und so sah er denn mit fargenwollter Stirn bis tief in die Nacht hinein an seinem Schreibtisch und rechnete.

Daß er mit seinen letzten Groschen für den Vater eintreten würde, war ja selbstverständlich; er ärgerte deshalb auch keinen Augenblick; sein Gesichtsausdruck handte, und er änderte auch nichts mehr daran, als er sich nach reiflicher Ueberle-

gung sagen mußte, daß dadurch, daß seiner ohnehin schon bedrängten Lage, seine Mittel vollkommen erschöpft wurden. Es galt für ihn eben, wieder von vorn anzufangen. Und es war bewundernswert, wie mit diesem Bewußtsein plötzlich auch seine alte Energie und Sparsamkeit wieder kehrte.

Am frühen Morgen schon ging er dann zu seiner Mutter, Sie, die ihn stets verstanden und ihm auch bei seinen großen und gewagten Spekulationen in den letzten Jahren zu folgen vermocht hatte, sollte auch jetzt die einzige sein, der er sich offenbaren wollte.

So sonderbar es klingt: es lag geradezu etwas Frohes, Mutiges in seinem Gesicht, etwas Selbstbewußtes und Tatkräftiges in seinen Bewegungen, als er bei ihr eintrat und sie in kurzen Zügen von dem tragikomischen Gescheh des Vaters unterrichtete.

Richard Wehrmann hatte seine Frau, soweit er es vermochte, im Unklaren gelassen, zumal über die Ereignisse der letzten Zeit. Aber Madame Ernestine war eine kluge Frau die zu kombinieren verstand und der nicht so leicht etwas entging, und so kamen ihr denn die Entbillungen Pauls nicht allzu unerwartet, wenn sie auch bei den Einzelheiten immer von neuem den Kopf schüttelte, die Hände zusammenstieß und es auch an anderen kräftigeren Ausdrücken ihrer Mißbilligung nicht fehlte.

Nis Paul seinen Bericht beendet hatte, verschränkte sie die Arme über der Brust, sah eine Zeitlang gedankenschwer zum Fenster hinaus und sagte endlich, in ihrer gewohnten Weise, das Schicksal apostrophierend: „Daß es soweit kommen mußte, Paul! Du bist der Sohn, und ich will nichts gegen den Vater sagen. Aber, er ist unverbeßert! Nein, verteidige ihn nicht! Ich weiß, was ich sage: Er ist unverbeßert! So langer Zeit hat er mir einmal gesagt, die Wehrmanns sollen sich nicht „verkleinern“. Was das für ein Wort ist! Er hat immer solche Redewendungen, die er von der Rennbahn oder weih Gott woher sonst mitbringt. Und was ist nun geschehen? Wozu hat er es gebracht?“

„Machen wir ihm keine Vorwürfe, Mutter.“ Paul schloß still und besitzend, „er ist ja doch ein guter Mensch, harmlos und unschuldig, wie kann ein anderer in der Welt. Jetzt handelt es sich nur darum, daß wir ihm helfen.“



